

79. Sitzung des Bundesrates vom 10. November 1950.Vorsitz: Herr Bundespräsident Petitpierre.Abwesend: ---Schriftführer: HH. VK. Oser und Weber.Beginn: 09 Uhr 05.Schluss: 11 Uhr 30.Reorganisation der Bundesverwaltung.

Herr Escher: Ich möchte mit dem Chef des Departementes des Innern darüber reden, ob ich nicht gewisse Sachen an das Innere abgeben kann wie z.B. die Wasserwirtschaft. Mit dem Chef EVD möchte ich reden wegen dem Fremdenverkehr.

Herr Bundespräsident: Die einzelnen Departementschefs sollen sich untereinander aussprechen. Herr Escher soll sich mit Herrn Etter und Rubattel in Verbindung setzen und sie sollen dann gemeinsam oder einzeln ihre Anträge an den Bundesrat stellen.

Herr Escher: Ich verstehe auch nicht recht, dass der Rundfunk bei uns ist. Das ist doch eine kulturelle Frage.

Herr von Steiger: Soweit es sich um die Erteilung der Konzession handelt, sollte der Rundfunk beim Post- und Eisenbahndepartement bleiben, das kulturelle Programm kann man dem Departement des Innern überlassen.

Herr Petitpierre: Herr Rubattel sollte uns als am meisten Interessierter seine Meinung sagen über die Fragen "Neuverteilung der Aufgaben oder Delegation der Kompetenzen". Vielleicht könnte Herr von Steiger die Diskussion eröffnen mit einer Würdigung der Vorschläge der Bundeskanzlei betr. Delegation und Unterstaatssekretäre. Im übrigen soll das Justiz- und Polizeidepartement den Antrag prüfen, sodass man anfangs des nächsten Jahres die Angelegenheit in einer Spezialsitzung behandeln kann.

Besoldung der höheren Funktionäre.

Das Geschäft wird verschoben.

Preis- und Lohnproblem.

Herr Rubattel: hat einen Briefentwurf vorgelegt an die Wirtschaftsorganisation und die politischen Organisationen des Landes. Er möchte eine kleine Gruppe von Persönlichkeiten bilden, die er in Lohn- und Preisfragen konsultieren kann.

Herr Rubattel orientiert über die Steigerung des Lebensunterhaltungsindex von 158,8 auf 160,8 Punkte innert zwei Monaten und über die weiter zu befürchtenden Erhöhungen. Die Löhne des Auslandes haben Tendenz zu steigen, damit steigen auch die Preise der Industrieerzeugnisse und man muss daher mit einer zunehmenden Verteuerung der eingeführten Waren rechnen. Mit Bezug auf die Löhne ist bei uns die Situation noch ruhig - aber man muss damit rechnen, dass die Begehren in kurzer Zeit kommen werden.

Beim Papier ist eine Steigerung von 12 % zu erwarten, nachdem der Preis für Papierholz und Zellulose gestiegen ist. Auch



der Benzinpreis ist um 5 Rp. pro Liter erhöht werden. In einer solchen Lage hielt ich es für nötig, die Verbindung wieder herzustellen zwischen dem Departement und den hauptsächlichsten Wirtschaftskreisen. Nachdem sich die internationale Lage zuspitzt möchte ich ein kleines Gremium von Beratern bilden.

Herr Etter: Ich finde die Arbeitnehmerseite sollte nicht nur durch den Gewerkschaftsbund vertreten sein, sondern auch durch andere Arbeitnehmerverbände.

Herr Rubattel: Wenn man anfängt zu erweitern, dann muss man auf die praktische kleine Gruppe verzichten und dann bekommt man eine zu schwerfällige Organisation. Immerhin will ich schauen, ob ich noch weitere Arbeitnehmerverbände zuziehen kann.

#### Propaganda für die Abstimmung vom 3. Dezember.

Herr Bundespräsident: Für die Rundtafelkonferenz hat das Radio in Aussicht genommen: Müller, Bratschi, Holenstein, Reichling, und als Opponenten Munz und Schwarz.

Es wird beschlossen, dem Radio in zustimmendem Sinne zu antworten.

Die Ausführungen des Herrn Bundespräsidenten sollen am Radio nicht als "Vortrag", sondern als "Ansprache" bezeichnet werden. Die Ansprache findet statt am 30. November anschliessend an die Mittagsnachrichten.

#### Konzert auf der ungarischen Gesandtschaft.

Herr von Steiger erklärt sich bereit, das Konzert um 9 1/4 Uhr zu besuchen. Er wird selber berichten.

#### Orientierung über die operativen Gedanken durch Generalstabschef.

Auf Grund der Ausführungen von Herrn Kobelt wird beschlossen, eine Sitzung für diese Lageorientierung und den Besuch des Ausweichpostens in Burgdorf zu reservieren. Das Datum wird später festgesetzt.

#### Abstimmungskalender.

Herr Nobs: Für nächstes Jahr sind drei Vorlagen zur Abstimmung zu bringen die ATO, der Banknotenartikel und die Warenumsatzsteuer. Im Februar wird über die ATO abgestimmt. Könnte man gleichzeitig über den Banknotenartikel abstimmen. Herr Nationalrat Müller bittet sehr <sup>darum</sup> darum, dass wir diese Abstimmung für sich allein an einem Tag/nehmen. Ueber Banknotenartikel und Freigeld sollte bald abgestimmt werden. Man sollte bald Beschluss über diese Sache fassen.

#### Vollzugsgesetzgebung zur Bundesfinanzreform.

Herr Nobs: Die wichtigste Aenderung ist die Aenderung der Abschreibungspraxis, womit einem Postulat der Handelswelt und der Industrie entsprochen wurde. Anpassung an Praxis der Kantone, die larger ist. Es ist schwer, den Ausfall festzustellen, auf die Dauer

dürfte er bescheiden sein. Bei der Befreiung der Vereinsbeiträge entsteht ein Ausfall von höchstens Fr. 100'000.-.

Bei der Warenumsatzsteuer ergibt sich aus der Finanzordnung selbst ein Ausfall von 6 Mio. Fr.

Die Ueberwälzung der Warenumsatzsteuer bringt keinen Ausfall. Bei der Verteuerung der Gebinde entsteht ein Ausfall von 1 1/2 bis 2 Mio.

#### Finanzierung des neuen Rüstungsprogramms.

Herr Nobs: Die Finanzkommissionen haben mir geschrieben, sie möchten orientiert werden über die Meinung, die betreffend Finanzierung der ausserordentlichen Rüstungsausgaben besteht. Ich halte es für unzweckmässig, vor dem 3. Dezember eine Aussprache über die Finanzierung durchzuführen. Bei der Diskussion über die Verfassungsbestimmung wäre es unzweckmässig, darüber zu sprechen, wie der ausserordentl. Aufwand zu finanzieren sei. Für den jährlichen Aufwand von 300 Mio. Fr. sollte gleichzeitig auch die Deckung beschlossen werden. Wir können in den 5 Jahren nicht die gesamte Deckung aufbringen, weil wir keine Bundessteuer finden, die 300 Mio. im Jahr einbringt. Wir bringen bestenfalls den dritten Teil davon ein, sodass der Aufwand in 15 - 20 Jahren gedeckt werden könnte und sollte. Ich werde den Kommissionen berichten, dass der Bundesrat noch keine Stellung genommen hat; dass das Finanzdept. die Fragen prüft und die Prüfung im Dezember zum Abschluss bringt. Ich will aber den Kommissionen vor allem sagen, dass in der Zeit der Hochkonjunktur ein solcher Ausgleich nicht über Schulden finanziert werden soll, sondern dass gleichzeitig mit dem Aufwand auch über die Deckung beschlossen wird.

Herr Kobelt: Auch ich bin der Meinung, dass auch die Deckungsfrage dazu kommt. Ich bin aber dafür, dass man nicht mit der Beschlussfassung über die Rüstung wartet, bis man eine Deckung gefunden hat, sonst heisst das: Verschiebung der Rüstung um zwei Jahre.

Herr Nobs: Es wäre noch zu prüfen, ob das wirklich eine Verschleppung gibt. Es war ein psychologischer Fehler, dass wir das Volk nicht in der Zeit der Not auch vor die Finanzierungsfrage gestellt haben. Ich habe in diesen schweren Jahren oft gesagt: "Die eine Lehre ist daraus zu ziehen, dass auch die Finanzierung unter dem Eindruck der Gefahr beschlossen werden muss." Im Interesse des Finanzhaushaltes des Bundes möchte ich fordern, dass wir auch die Deckung unter dem Eindruck der Gefahr beschliessen. Wenn wir das nicht machen, schlitteln wir in eine Schuldenwirtschaft hinein.

#### Rohstoffvorräte.

Herr Rubattel: Die Privatindustrie hat nur für kurze Zeit Kupferreserven. Weil U.S.A. das Kontingent für Europa stark reduziert haben, bleiben nur noch Südafrika und Belgisch Kongo als Lieferanten. Wir haben dem Belgischen Kongo ein Darlehen gewährt, und als Ausgleich gewisse Vorteile gewünscht. Eigentümer der Kupferminen wollen und günstig behandeln.

- 4 -

Schwierigkeiten bestehen auch mit den Schmierölen. Aus Angst, dass diese nach Osten abgeschoben werden könnten, hat USA Export gestoppt. Noch Reserven für 8 Monate. Gleiche Schwierigkeiten könnten sich auch für Buntmetalle und andere Rohstoffe ergeben. Wir werden eine Bewirtschaftungsordnung für das Kupfer einführen. Wir werden Einfuhr von Mangelrohstoffen, besonders von Kupfer der Einfuhrkontrolle unterwerfen und daneben die Ausfuhrbewilligung einführen müssen.

Den Unternehmungen, die Lager anlegen, haben wir allerhand Erleichterungen gewährt. Wir haben ihnen versprochen, dass ihnen im Falle eines Krieges ein Teil dieser Lager bleibt. Wir geben ihnen Kredite für die Lagerhaltung. Es stellt sich die Frage, ob Bund selber Lager anlegen soll. Heute habe ich eine Sitzung mit den Interessenten, wo das Problem genau geprüft wird.

Bei den Lebensmitteln haben wir die vorgesehene Lagerhaltung erreicht. Ende des Jahres werden wir für 12 Monate Vorräte haben. Flüssige Brennstoffe haben wir für 10-12 Monate.

Textilien sind sehr verteuert. Reserve für 10 Monate. Möglichkeit durch Kunststoffe zu strecken.

Für chemische Industrie gut vorgesorgt. Ungenügend ist der Vorrat an Glycerin.

Herr Etter: Ich möchte Frage aufwerfen, ob nicht das Anlegen von Staatsvorräten vorzuziehen ist. Das System der Ein- und Ausfuhrbewilligungen kann politisch sehr unangenehm werden. Wenn Staat selbst ankauft, könnten wir über Reserven verfügen. Mit dem System der Ausfuhrbewilligungen kommen wir zu einem System der Diskriminierung die gefährlich ist. Diese Frage sollte deshalb nochmals geprüft werden. Man hat dabei allerdings das Risiko der Preisverluste aber man braucht sich nicht auf die Vollmachten zu berufen.

Herr Rubattel. Nur auf dem Vollmachtenweg können wir die Vorschriften einführen, die nötig sind, um den Wünschen der USA Rechnung zu tragen. Die USA gestattet nicht, dass bestimmte Rohstoffe in der Form ausgeführt werden, wie sie geliefert wurden.

Herr Petitpierre: Auch wenn der Staat selbst einkaufen würde, können wir nicht darum herum, auf die Vollmachten zurückzugreifen.

Herr Kobelt: Die Armeevorräte an Kupfer und Buntmetallen genügen, sind aber bestimmt für den Aktivdienst und den Kriegsfall. Für das Rüstungsprogramm sollten wir nicht diese Reserven angreifen.

Die Treibstoffvorräte des EMD sind ungenügend. Wir sollten den Raum für die Aufnahme erweitern. Die Vorräte genügen, wenn der Krieg sofort ausbricht. Dagegen werden in der Zeit der bewaffneten Neutralität die Vorräte schnell verbraucht, weshalb man den bombensicheren Tankraum noch vermehren muss.

Herr Rubattel: Was Benzin betrifft, so war das Tankraumprogramm sehr schwer zu verwirklichen. Viel ist noch im Bau. Projektiert ist ein zweiter Tankzug. Strassenverkehrsverband hat uns gebeten, auf dem Benzin 1 Fr. pro Tonne zu erheben. Wenn sie auf die Abgabe verzichten, werden wir einen zweiten Tankzug aufstellen.

Herr Etter: In diesem Zusammenhang darf wieder einmal darauf hingewiesen werden, dass unsere Armee in ihren Friedensdiensten enorm Benzin verbraucht.

Indiens Dank für Hilfe beim Flugzeugunglück am Mont Blanc.

Herr Escher: Der Minister von Indien hat in einem Schreiben für die beim Flugzeugunglück am Mont Blanc geleistete Hilfe gedankt. Soll man einem solchen Schreiben eine gewisse Publizität geben?

Herr Bundespräsident: Wir haben allerdings gewisse Dienste geleistet. Die sind aber nicht so bedeutend gewesen, dass der Dank publiziert werden müsste.

Altersgrenze im Vorstand der schweiz. Rundspruchgesellschaft.

Herr Escher fragt an, ob die Weisungen betr. Altersgrenze auch bei dieser Kommission gelten.

Herr Petitpierre: Bundesrat hatte die Meinung, dass diese Altersgrenze bei allen vom Bundesrat und seinen Departementen getroffenen Wahlen zu beachten sei.

Präsidium der Schweizerischen Bankenkommission.

Herr Nobs: Würden Sie mich ermächtigen, Herrn Nationalrat Holenstein zu fragen, ob er bereit sei, die Nachfolge von Herrn Wetter anzutreten.

Einverstanden.

Beschlüsse auf Grund schriftlicher Anträge.

Bundeskanzlei      Verzeichnis der Motionen, Postulate, Interpellationen und Kleinen Anfragen.

Politisches Dept. Internationale Flüchtlingshilfe.

Herr Petitpierre orientiert über die Leistungen anderer europäischer Länder. Unsere direkten Beiträge wurden als indirekte Hilfe auf unsere Beitragspflicht angerechnet. Nur auf dem humanitären Gebiet haben wir Gelegenheit zur internat. Mitarbeit. Bitte dem Antrag zuzustimmen mit Verzicht auf die Reserve von 2 Mio. Fr.

Herr von Steiger: erklärt, mit einer viel grösseren Zahl von Flüchtlingen gerechnet zu haben. Davon sind wir verschont worden. Wir werden noch eine separate Vorlage bringen für die schweiz. Flüchtlingsorganisation.

Herr Kobelt: Ich stimme zu. Das J.u.P.dept. soll sich überlegen, wie wir uns zu verhalten haben, wenn ein grosser Flüchtlingsstrom aus Deutschland vor den Russen in die Schweiz flüchtet. Damit werden die Reserven rascher aufgebraucht.

Justiz- und Polizei- und Militärdepartement sollen Frage gemeinsam prüfen.

Herr von Steiger: Unsere Dienststellen arbeiten bereits zusammen.

Herr Nobs: Die Kredite 1 und 2 sind angebracht. Was die Härtefälle betrifft, so sollten wir die Gesamtkosten ins Auge fassen. Hier werden wir auch ja sagen können.

Bei der Leistung an die Volksdeutschen habe ich Bedenken. Ich bin der Meinung, dass die Ansiedlung in Uebersee kaum die richtige Lösung ist. Pfarrer Rohner in Azmoos hat in einem Lichtbildervortrag ein erschütterndes Bild entworfen über das Leben der Siedler. Damit, dass einer bei uns ein tüchtiger Bauer ist, ist noch nicht bewiesen, dass er sich auch für jenes Leben eignet. Auch das Biga hat mit solchen Projekten nach Südamerika schlechte Erfahrungen gemacht. Nur eigentliche Pioniertypen eignen sich für diese Auswanderung. Sie brauchen auch wesentliche Mittel. Eine Menge von Siedlungen werden von den Siedlern verlassen. Es hat sicher in Europa Arbeit für diese Leute. Westdeutschland wird sich seine Industrie aufbauen und kann dann diese Menschenreserve brauchen. Der 3. Teil scheint mit sehr fraglich. Handelt es sich um eine bestimmte Quote, die der Schweiz zugewiesen wird?

Herr Petitpierre: Es handelt sich um eine freiwillige Leistung und nicht um eigentliche Auswanderung im Sinne eines Pioniers. Neben Südamerika sind auch Amerika, Canada, Frankreich vorgesehen. Die Plätze sind schon sichergestellt. Ich bin einverstanden, dass wir uns mit einem Kredit von 3 Mio. Fr. ohne Reserve begnügen. Das Problem ist ein ganz anders, als wenn sich eine Schweizer Familie entschliesst, auf's Geratewohl auf eigene Faust nach Südamerika auszuwandern.

Herr Nobs: Auch das Auslandschweizersekretariat hat Bedenken geäußert. Der Bund hat sehr wenig getan für die schweiz. Siedler. Es würde daher in diesen Kreisen nicht verstanden, wieso der Bund die Auswanderung der deutschen Siedler finanziert. Das wird Begehren der Schweizer Siedler und Kritik wecken.

Herr Rubattel: Ich bin einverstanden. Es stellt sich nur die Frage der Verteilung. Es gibt zu starke Zersplitterung, sodass für den Einzelnen nicht mehr viel bleibt. Wir sollten uns vielleicht auf eine Sache spezialisieren, z.B. auf die Uebernahme der Kranken. Auswanderung gefährliche Sache.

Herr Escher: Wenn ich Herz allein sprechen lassen könnte, würde ich zustimmen. Ziff. 1 und 2 unbestritten. Vergessen wir nicht, dass die privaten Organisationen Caritas, evangelische Flüchtlingshilfe und Arbeiterhilfswerk

- 7 -

schon sehr viel leisten. Wir werden uns einer Kritik aussetzen, wenn wir diesen Betrag ausgeben. Die Schweizer in Wien haben sich bitter beklagt, dass man nichts für die eigenen Landsleute tut und nur für die andern. Wir können eine Reihe von Sozialwerken nicht fördern, weil wir immer sagen müssen, das Geld fehlt. Diese Kreise werden es nicht gut verstehen, dass wir soviel Geld geben für das Ausland. Nur 3 Mio. statt 5 Mio.

Herr von Steiger: Eine gewisse Beitragsleistung an diese privaten Organisationen muss erfolgen. Das gehört zu unserer Aussenpolitik. Das Schweizervolk versteht das. Die 3 Mio sind nicht ein übertriebener Beitrag. Ich hatte das so verstanden, dass das ein Beitrag ist an JRO.

Herr Petitpierre: Die IRO bekümmert sich nicht um die Flüchtlinge in Deutschland. Wir haben deshalb, weil wir vom Krieg verschont geblieben sind, doch internationale Verpflichtungen. Diese Flüchtlinge in Deutschland können eine Gefahr auch für die Schweiz bedeuten, sodass wir einen kleinen Teil beitragen sollten. Ich verstehe auch die Bedenken von Herrn Rubattel. Man muss das als eine besondere Leistung betrachten an die Flüchtlinge. Den Bedenken kann man Rechnung tragen, indem man die verschiedenen Vorschläge als Beispiele aufzählt ohne feste Verteilung festzulegen.

Der Bundesrat stimmt im Prinzip zu. Die Leistung gemäss Beschluss 3 wird auf 3 Mio.Fr. beschränkt. Der Bundesrat behält sich ein Kontrollrecht über die Verteilung vor. Schweizer Hilfe geht über Schweizer Europahilfe.

Die Bundeskanzlei wird beauftragt, die zuständigen Stellen des Politischen Departementes über die getroffenen Modifikationen zu orientieren.

Dept. des Innern

Nachtragskreditbegehren.

Anerkennung von Maturitätsausweisen.

Justiz & Polizei

Kleine Anfrage Crittin.

Verhandlungen mit Westdeutschland betr. gewerblichen Rechtsschutz.

Briefwechsel mit Westdeutschland zu diesem Abkommen.

Militärdept.

Abbau der eidg. Pferderegianstalt. Personalfragen.

Volkswirtschaft

Eingabe des Kantons Bern betr. Einfuhrpolitik.

Wirtschaftsverhandlungen mit Dänemark.

Wirtschaftsverhandlungen mit Norwegen.

Kleine Anfrage Studer-Escholzmatt.

Herr Escher hält die Antwort für allzu

kategorisch. Man sollte in der Redaktion etwas weniger absolut sein.

Herr Rubattel: In diesen Kantonen haben wir keine Arbeitslosigkeit. Die Gemeinden oder Kantone haben sich der vereinzelt Fälle anzunehmen. Mit Gesamtmassnahmen kommt der Bund erst, wenn die Arbeitslosigkeit ein grösseres Ausmass annimmt.

Herr Escher: Ich hätte gerne eine redaktionelle Modifikation und einen Hinweis auf die Verpflichtung des Kantons.

Herr Rubattel nimmt den Antrag zur Neuredaktion zurück.